

Antrag Nr. 19-F-21-0022

SPD, Grüne, CDU

Betreff:

Bericht zu den Ergebnissen der testweisen Einführung einer Haltezone für Elterntaxis an der Diesterwegschule
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2019 -

Antragstext:

Bereits mehrfach hat der Ausschuss das Thema der sicheren Schulwege und der Problematik durch sogenannte Elterntaxis aufgegriffen. Für alle Beteiligten stellte sich ein dringender Handlungsbedarf dar. Dies fand sich auch in den Beschlüssen des Ausschusses wieder. So hat er im Juni 2018 den Magistrat aufgefordert, eines der im „Modell Hannover“ praktizierten Mittel probeweise zur Anwendung zu bringen.

Diesem Ersuchen wollte der Magistrat jedoch nicht Folge leisten und erläuterte, den Arbeitsauftrag dahingehend zu erledigen, weiterhin auf Aufklärungsmaßnahmen durch Schulamt und Dritte setzen zu wollen. Allerdings sind diese Maßnahmen nicht neu und waren in der Vergangenheit offenkundig nicht geeignete, eine Gefährdungslage in ausreichendem Maße abzustellen. Insofern ist der Ausschuss der Einschätzung des Magistrates, es bei diesen Maßnahmen belassen zu wollen, nicht gefolgt.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr hat infolgedessen mit und in Kenntnisnahme des Berichtes am 30. Oktober 2018 (Beschluss Nr. 0214) seinen Beschluss vom Juni 2018 bekräftigt, diese Maßnahme (Haltezone für Elterntaxis) testweise einzuführen. Konkret hat er hierfür die Diesterwegschule genannt. Inzwischen ist ausreichend Zeit vergangen, so dass die wiederholt erbetene Versuchsphase abgeschlossen sein dürfte.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

dem Ausschuss vorzustellen, welche Ergebnisse das Versuchsvorhaben einer festen Haltezone an der Diesterwegschule hervorgebracht hat.

Wiesbaden, 08.05.2019

Dennis Volk-Borowski
Fachsprecher
(SPD)

Hans-J. Hasemann-Trutzel
Fraktionsvorsitzender
(CDU)

Claus-Peter Große
Fachsprecher
(Bündnis 90/Die Grünen)

Sven Bingel
Fraktionsreferent

Dr. Alexander Reinfeldt
Fraktionsreferent

Max Kendl
Fraktionsreferent

Antrag Nr. 19-F-21-0022
SPD, Grüne, CDU
